

Stellungnahme zur Notfallreform

Name des Verbandes: Verband der Privaten Krankenversicherung e.V.

Datum: 4.12.2025

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
			Art. 1: Änderungen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
1	§ 27	Folgeänderung zu § 30 SGB V	
2	§ 30	<p>Einführung eines Anspruchs auf medizinische Notfallrettung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzung: Definition rettungsdienstlicher Notfall • Leistungsbestandteile: Notfallmanagement, notfallmedizinische Versorgung und Notfalltransport • Notfallmanagement als Vermittlung der erforderlichen Hilfe auf der Grundlage einer digitalen standardisierten Abfrage einschließlich telefonischer Anleitung lebensrettender Sofortmaßnahmen und Einbindung von Ersthelfern durch auf digitalen Anwendungen basierende Ersthelferalarmierungssysteme • Notfallmedizinische Versorgung vor Ort und während des Transports durch nicht-ärztliches Fachpersonal und bei medizinischer Notwendigkeit durch Notärzte • Notfalltransport in nächste geeignete Einrichtung und medizinisch zwingende Verlegungen • Zuzahlung 	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
3	§ 60	Krankentransporte, Krankentransportflüge und Krankenfahrten	
4	§ 73	Folgeänderung zu § 60 SGB V	
5	§ 73b	Folgeänderung zu § 75 SGB V	
6	§ 75	Modifikation des Sicherstellungsauftrages der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) für die notdienstliche Akutversorgung <ul style="list-style-type: none"> • Definition und Umfang notdienstlicher Akutversorgung • Akutleitstelle, Erreichbarkeitsanforderungen und Vermittlungsreihenfolge 	
7	§ 76	Folgeänderung zu § 75 SGB V	
8	§ 87	Auftrag an erweiterten Bewertungsausschuss: EBM für komplexe Fälle in INZ	
9	§ 87a	Folgeänderung zu § 75 SGB V	
10	§ 90	Standortbestimmung für INZ durch erweiterten Landesausschuss	
11	§ 90a	Ergänzung Vertreter des Rettungsdienstes in gemeinsamen Landesgremien nach § 90a	
12	§ 92	Klarstellung, dass Richtlinie des G-BA nicht den Notfalltransport umfasst	
13	§ 105	Finanzierung der notdienstlichen Strukturen der KVen durch gemeinsam von KV und Krankenkassen zusätzlich zur Verfügung gestellten Beitrag, Beitrag der PKV i.H.v. 7 %	<u>Vorgeschlagene Regelung:</u> In § 105 Abs. 1b SGB V-E wird festgelegt, dass Kassenärztliche Vereinigungen und die Krankenkassen zweckgebunden die Strukturen des ärztlichen Versorgungsangebots / aufsuchenden Dienst, der Akutleitstelle, des

Nr. im Entw.	Vor-schrift	Stichwort	Stellungnahme
			<p>Gesundheitsleitsystems sowie der INZ finanzieren und dazu verhandeln. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen sind in diese Vertragsverhandlungen einzubeziehen und es ist ein Einvernehmen herzustellen. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen sollen sich mit einem Anteil von 7 Prozent an dem von den Kassen bereitzustellenden Betrag beteiligen. Der PKV-Verband und die Kassenseite vereinbaren das Nähere zur Bereitstellung des Betrages.</p> <p><u>Bewertung:</u></p> <p>Grundsätzlich handelt es sich bei der im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Strukturfinanzierung um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die der Daseins- und Gesundheitsversorgung dient und allen Menschen, unabhängig vom Versicherungsstatus, zugutekommt. Neben gesetzlich und privat krankenversicherten Personengruppen profitieren von den neuen Strukturen auch Personen, die keinem der beiden Krankenversichertensysteme angehören. Dazu gehören etwa Personengruppen mit Anspruch auf Freie Heilfürsorge (v.a. Polizei, Feuerwehr oder Bundeswehr), Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen oder Reisende aus dem Ausland. Aus diesem Grunde ist mindestens eine Mitfinanzierung aus Steuermitteln geboten.</p> <p>Eine pauschale Abgeltung von Aufwänden, wie sie beim Aufbau neuer Strukturen in der Notfallversorgung beabsichtigt ist, ist der privaten Krankenversicherung nicht möglich. Pauschale Finanzierungen sind der PKV systemfremd, zumal wenn sie nicht leistungsbezogen – gewissermaßen als</p>

Nr. im Entw.	Vor-schrift	Stichwort	Stellungnahme
			<p>„Vorhaltevergütung“ - in bestimmte Finanzierungstöcke der Kassenärztlichen Vereinigungen fließen. Eine rechts- und revisionssichere Abrechnung, die auch der aufsichtsrechtlichen Prüfung standhält, ist ausschließlich durch eine leistungsbezogene Einzelfallabrechnung möglich. Nur dann können die Aufwendungen dem entsprechenden Leistungsfall zugeordnet und tariflich gezahlt werden.</p> <p>Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die KBV haben den gesetzlichen Auftrag, die vertragsärztliche Versorgung sicherzustellen, einschließlich des Notdienstes zu stundentagenfreien Zeiten. Dafür erhalten sie von den gesetzlichen Krankenkassen die so genannte morbiditätsorientierte Gesamtvergütung mit befreiender Wirkung. Die Vergütung ärztlicher Leistungen für Privatversicherte basiert hingegen auf der GOÄ; der Honoraran-spruch des Arztes richtet sich gegen den Versicherten. Eine Verknüpfung der beiden Systeme ist nicht ohne weiteres möglich.</p> <p>Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens könnten die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, damit Privatversicherte und beihilfebe-rechtigte Personengruppen entsprechend ihrer Nutzung an der Finanzierung der Notfallbehandlung beteiligt werden können. Dies kann ggf. durch Zuschläge oder Abrechnungsziffern erfolgen. Der PKV-Verband bringt sich gern mit entsprechenden Vorschlägen ein.</p> <p>Bei der Anwendung der Notfallsysteme ist darauf zu achten, dass eine me-dienbruchfreie Datenübertragung von Gesundheitsdaten und die Nutzung der TI-Strukturen zur Übermittlung erforderlicher behandlungsrelevanter</p>

Nr. im Entw.	Vor-schrift	Stichwort	Stellungnahme
			<p>Informationen an die jeweilige Einrichtung oder den Arzt auch für Privatpatienten sichergestellt sind. Hier lässt sich bislang noch kein Anspruch aus dem Gesetzentwurf ableiten.</p> <p><u>Änderungsvorschlag:</u></p> <p>Die bisherigen Sätze 2 bis 4 sind zu streichen. Sie werden ersetzt durch die neuen Sätze 2 und 3:</p> <p><i>„Der Bund, die Länder und die gesetzliche Unfallversicherung beteiligen sich an der Finanzierung der Strukturen des Notdienstes. Die Vertragspartner nach Satz 1 können gemeinsam mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung eine Beteiligung der privaten Krankenversicherungsunternehmen auf einer leistungs- und fallbezogenen Grundlage vereinbaren, sofern und insoweit die betreffenden Strukturkosten nicht bereits über Rettungsdienstgebühren und -entgelte finanziert werden.“</i></p> <p>Der bisherige Satz 6 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p><i>„Die Kassenärztlichen Vereinigungen legen hierzu ihren Vertragspartnern und dem Verband der Privaten Krankenversicherung eine detaillierte Kalkulation und den Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen insbesondere zur Vernetzung und Kooperation vor.“</i></p>
14	§ 115e	Folgeänderung zu §§ 30, 60 SGB V	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
15	§ 116b	Folgeänderung zu § 90 SGB V	
16	§ 120	<ul style="list-style-type: none"> Klarstellung zur Vergütung in den Notdienst einbezogener Ärzte aus Gesamtvergütung Aufhebung des Auftrags an G-BA zum Erlass einer Ersteinschätzungsrichtlinie (Folgeänderung zu § 123c) 	
17	§ 123	<p>Integrierte Notfallzentren (INZ)</p> <ul style="list-style-type: none"> Zusammensetzung und grundsätzliche Funktion Notaufnahme, Notdienstpraxis, Ersteinschätzungsstelle - optional Kooperationspraxis / statt Notdienstpraxis MVZ oder Vertragsarztpraxis in unmittelbarer Nähe Ersteinschätzung und Steuerung innerhalb des INZ, gegenseitige Datenübermittlung Versorgungsvertrag mit Apotheken Telemedizinische Anbindung an Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin sowie für Psychiatrie und Psychotherapie Berichtspflicht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) zur Entwicklung von INZ 	<p><u>Anmerkung:</u></p> <p>Eine zentrale Rolle für die reibungslose Notfallversorgung spielt die medienbruchfreie digitale Fallübergabe, die insb. bei Betreuung in einem INZ und Weiterleitung eines Patienten beschrieben wird.</p> <p>Die Kassenärztliche Bundesvereinigung soll im Einvernehmen mit dem Kompetenzzentrum für Interoperabilität im Gesundheitswesen die technische Spezifikation der Schnittstelle zur Einbindung der digitalen Fallübergabe erstellen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Einbindung aller Menschen unabhängig vom Versicherungsstatus gleichermaßen möglich wird.</p>
	§ 123a	<p>Einrichtung von INZ</p> <ul style="list-style-type: none"> Standortbestimmung nach gesetzlichen Kriterien Kooperationsvereinbarung, gesetzliche Vorgabe von Mindestöffnungszeiten der 	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
		Notdienstpraxis, Schiedsregelungen bei Nichtzustandekommen <ul style="list-style-type: none"> Rahmenvereinbarungen zur Zusammenarbeit in INZ durch KBV, DKG und GKV-SV 	
	§ 123b	Integrierte Notfallzentren für Kinder und Jugendliche (KINZ), Sonderregelungen für Standortbestimmung	
	§ 123c	Ersteinschätzung <ul style="list-style-type: none"> Vergütung ambulanter Behandlung für Krankenhäuser ohne INZ nur noch nach Ersteinschätzung, die die Unzumutbarkeit einer Verweisung an INZ festgestellt hat Richtlinie des G-BA zu Vorgaben für standardisierte digitale Ersteinschätzung Richtlinie regelt auch Mindestausstattungsanforderungen für Notdienstpraxen Berichtspflicht G-BA zu Auswirkungen der Ersteinschätzung EBM für Ersteinschätzung 	<u>Anmerkung:</u> Es ist vorgesehen, den G-BA mit einer Richtlinie zu den Vorgaben einer digitalen Ersteinschätzung zu beauftragen. Angesichts der rasanten Entwicklungen und der Verfügbarkeit von digitalen Ersteinschätzungsverfahren, die es bereits heute unter Anwendung von Large Language Models (KI-Systeme) gibt (etwa Infermedica oder Ada), sollten diese neben dem verbreiteten auf einem Entscheidungsbaumverfahren basierenden SmED unbedingt berücksichtigt werden. Für die Auswahl bieten sich u.a. folgende Kriterien an: Interoperabilität, Erfüllung technischer Standards (FHIR HL7) zur Einbindung in TI-Anwendungen, Erfüllung regulatorischer Voraussetzungen (AI Act), Mehrsprachigkeit, Transparenz/ Dokumentation des Entscheidungsweges, Anwendungsstudien, Ergebnisevaluation bzgl. Über- und Untertriagierung etc.
18	§ 133	Versorgung mit Leistungen der medizinischen Notfallrettung <ul style="list-style-type: none"> Nur nach Landesrecht vorgesehene oder beauftragte Leistungserbringer Vergütungsverträge für Leistungen nach SGB V erforderlich 	<u>Vorgeschlagene Regelung:</u> Gem. § 133 Abs. 2 SGB V-E schließen die Landesverbände der Krankenkassen und die Ersatzkassen gemeinsam und einheitlich mit den zuständigen Landesbehörden oder mit den nach Landesrecht vorgesehenen Trägern oder beauftragten Einrichtungen oder Unternehmen Verträge

Nr. im Entw.	Vor-schrift	Stichwort	Stellungnahme
		<ul style="list-style-type: none"> • Transparenzpflicht bezüglich Kalkulationen • Berücksichtigung der Rahmenempfehlungen nach § 133b Abs. 1 SGB V • Schiedseinrichtung bei Nichtzustandekommen • Entsprechende Geltung für Krankentransporte • Übergangsregelung 	<p>über die Vergütung der einzelnen Leistungen der medizinischen Notfallrettung. Dies gilt gem. § 133 Abs. 5 SGB V-E auch für Kranstransporte und Kranfahrten im Sinne des § 60 SGB V-E.</p> <p><u>Bewertung:</u></p> <p>Die Regelung, dass die Entgelte der Leistungen der medizinischen Notfallrettung durch Vereinbarungen mit den Kassen und nicht durch einseitige Gebührenfestsetzungen bestimmt werden sollen, ist zu begrüßen. Hierdurch wird dem Interesse der Kostenträger an einer aktiven Mitwirkung und Einflussnahme auf die Höhe der Vergütung in angemessener Weise Rechnung getragen. Die vereinbarten Entgelte müssen freilich mit Wirkung für alle Hilfesuchende ungeachtet des jeweiligen Versicherungsstatus gelten. Der Grundsatz der Einheitlichkeit der Entgelte ist den Rettungsdienst-Entgeltregelungen auf Landesebene immanent und sollte auch in der vorliegenden Bundesregelung zum Ausdruck kommen.</p> <p><u>Änderungsvorschlag:</u></p> <p>Nach § 133 Abs. 2 Satz 1 SGB V-E wird folgender Satz eingefügt:</p> <p><i>„Die vereinbarten Vergütungen gelten für alle Benutzer der Notfallrettung.“</i></p>
	§ 133a	<p>Gesundheitsleitsystem</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kooperationsvereinbarung zwischen Rettungsleitstelle 112 und Akutleitstelle 116117 auf Antrag der Rettungsleitstelle • Verbindliche Absprache, wer welche Fälle übernimmt, und Abstimmung der Abfragesysteme 	<p><u>Anmerkung:</u></p> <p>Innerhalb des Gesetzesentwurfes gibt es drei Stellen, an denen ein Mensch mit medizinischem Notfall eine Einschätzung erhält. Die drei Bewertungssysteme sind unabhängig voneinander beschrieben.</p>

Nr. im Entw.	Vor-schrift	Stichwort	Stellungnahme
		<ul style="list-style-type: none"> • Medienbruchfreie Übergabe von Fällen und Daten • Schnittstelle durch KBV zur Verfügung zu stellen • Gemeinsames Qualitätsmanagement der Kooperationspartner • Vermittlung von Krankentransporten und medizinischen komplementären Diensten sowie sonstigen komplementären Diensten für vulnerable Gruppe oder krisenhafte Situationen • Bericht KBV zu Entwicklung der Gesundheitsleitsysteme 	<p>Zunächst erfolgt eine digitale standardisierte Notrufabfrage der Rettungsleitstelle, die nach § 30 Abs. 2 Satz 2 auch als Nachweis des Vorliegens eines rettungsdienstlichen Notfalls gegenüber der Krankenkasse gilt.</p> <p>Abs. 2 hier in § 133a fordert für das Ersteinschätzungsverfahren der kassenärztlichen Vereinigungen (KV) nach § 75 eine Abstimmung. Die Vorgabe, dass die KV darauf hinwirken, die Notrufabfragen bundeseinheitlich auszugestalten, erscheint als Appell zu wenig und sollte verpflichtend vorgegeben werden.</p> <p>Die zweite Einschätzung erfolgt auf Basis des Ersteinschätzungsverfahrens der kassenärztlichen Bundesvereinigung nach § 75 Abs. 7, die dazu auch gemäß Gesetzesauftrag die Richtlinien festlegt. Hier sind die Akutleitstellen handelnde Akteure.</p> <p>Eine dritte Einschätzung findet dann durch die integrierten Notfallzentren statt, wenn sich Hilfesuchende direkt in einem Krankenhaus vorstellen. Dazu wird der Gemeinsame Bundesausschuss aufgefordert eine Richtlinie zu erlassen.</p> <p>Zu dem Zusammenwirken der G-BA Ersteinschätzung mit den vorgenannten Einschätzungen gibt es keine näheren Angaben.</p> <p>Da die Einschätzungen für das Funktionieren des Gesamtsystems und auch die Nachvollziehbarkeit für die Bevölkerung bzw. die Versicherten und Kostenträger eine wichtige Rolle spielen, wäre eine Abstimmung der drei Systeme aufeinander bzw. eine Ableitung aus einem Basissystem von großer Bedeutung.</p> <p>Offen bleiben im Gesetzentwurf auch Fragen zur Vergabe und Vertragsgestaltung für die Betriebszeit, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nach welchen Kriterien erfolgt die Vergabe? • Für welche Nutzungszeit erfolgt die Vergabe?

Nr. im Entw.	Vor-schrift	Stichwort	Stellungnahme
			<ul style="list-style-type: none"> • Wer für Korrekturen und Nachbesserungen am Einschätzung System durch? • wie werden die Preise für die Nutzung kalkuliert?
	§ 133b	<p>Rahmenempfehlungen zur medizinischen Notfallrettung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gremium bei GKV-SV, paritätisches Stimmgewicht zwischen GKV-SV und Ländervertretern, nicht stimmberechtigte Vertreter von Spitzenverbänden der Leistungserbringer und Fachverbänden und Fachgesellschaften sowie BMG • Fachliche Rahmenempfehlungen zur medizinischen Notfallrettung; bei Nichtzustandekommen Ersatzvornahme BMG • Empfehlungen zur Übermittlung der Daten der Leistungserbringer zur Qualitätssicherung, Rechtsverordnung durch BMG • Spezifikationen für eine strukturierte, einheitliche und digitale Dokumentation und Kommunikation unter Beteiligung von KBV, DKG und KIG, Rechtsverordnung durch BMG 	
	§ 133c	<p>Digitale Kooperation im Rahmen der Notfall- und Akutversorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtende digitale Notfalldokumentation für alle Beteiligten der Notfall- und Akutversorgung • Verpflichtende Nutzung eines Versorgungskapazitätenachweises für 	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
		Krankenhäuser und Leistungserbringer der medizinischen Notfallrettung <ul style="list-style-type: none"> Anforderungen an auf digitalen Anwendungen basierende Ersthelferalarmierungssysteme 	
	§ 133d	Datenübermittlung zur Qualitätssicherung durch alle Leistungserbringer der medizinischen Notfallrettung, Auswertung und Veröffentlichung in anonymisierter Form durch Datenstelle beim GKV-SV	
	§ 133e	Verpflichtender Anschluss an TI für Leistungserbringer der medizinischen Notfallrettung und Finanzierung der Ausstattungs- und Betriebskosten, Finanzierungsvereinbarung von GKV-SV, PKV-Verband sowie maßgeblichen Organisationen der Leistungserbringer auf Bundesebene	<u>Anmerkung:</u> Soweit möglich sollten TI-Kostenanteile durch den Leistungserbringer fallbezogen mit der Einzelabrechnung gegenüber dem Patienten berechnet werden, so wie es bspw. bei Krankenhausrechnungen der Fall ist. Kosten, die sich so nicht abbilden lassen, werden im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung zwischen PKV-Verband, GKV-SV und weiteren Verbänden der Leistungserbringer auf Bundesebene hinsichtlich ihrer Erstattung geregelt.
	§ 133f	Förderung der Digitalisierung der medizinischen Notfallrettung <ul style="list-style-type: none"> Finanzierung von Investitionen in digitale Infrastruktur von 2027 bis 2031 aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes Abwicklung durch GKV-SV, Richtlinie im Benehmen mit den Ländern zur Durchführung des Förderverfahrens und zur Übermittlung der vorzulegenden Unterlagen 	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
		<ul style="list-style-type: none"> Bezeichnete Investitionen können ausschließlich über diesen Weg gefördert werden 	
	§ 133g	Koordinierende Leitstelle: Möglichkeit für Landesbehörden, einer einzelnen Leitstelle überregionale Aufgaben zuzuweisen	
19	§ 140f	Antragsrecht Patientenvertretung	
20	§ 291b	Folgeänderung zu § 75 SGB V	
21	§ 294a	Mitteilungspflicht zu vorrangigen Schadensersatzansprüchen auch für Leistungserbringer der medizinischen Notfallrettung	
22	§ 302	Abrechnung der Leistungen der medizinischen Notfallrettung, Datenübermittlungspflicht	
23	§ 354	Fernzugriff auf ePA durch Leitstellen	<p><u>Anmerkung:</u></p> <p>Dem Notfall- und Rettungsdienst sollte unbedingt ein von der elektronischen Gesundheitskarte unabhängiger Zugriff auf die elektronische Patientenakte (ePA) eingerichtet werden; die Voraussetzungen hierfür sind zum heutigen Zeitpunkt nicht gegeben. Ebenso ist es erforderlich, dass Privatversicherten in der Notfallversorgung elektronische Verordnungen ausgestellt werden können (insb. E-Rezept). Da dem Ordnungsmerkmal der einheitlichen Krankenversicherungsnummer (KVNR) hier eine wichtige Rolle zukommt und diese in der Folge absehbar immer wichtiger werden wird, verweisen wir nochmals auf unsere Forderung der zustimmungsfreien, obligatorischen KVNR-Anlage für die Mitgliedsunternehmen für alle Bestandsversicherten.</p>
24	§ 370a	Redaktionelle Folgeänderung	
25	§ 377	Redaktionelle Folgeänderung	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
26	§ 394	Errichtung eines bundesweiten, öffentlich zugänglichen Katasters automatisierter externer Defibrillatoren (AED), die für die Benutzung durch Laien vorgesehen sind	
			Art. 2: Weitere Änderungen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch
	§ 75	Modifizierte Berichtspflichten der KBV aufgrund der Einführung der Akutleitstellen	
			Art. 3: Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes
	§ 12b	Folgeänderung zu §§ 123, 123b SGB V	
			Art. 4: Änderung der Krankenhaustransformationsfonds-Verordnung
	§ 3	Folgeänderung zu §§ 123, 123b SGB V	
			Art. 5: Änderung des Apothekengesetzes
1	§ 12b	Versorgungsvertrag zur Versorgung von Notdienstpraxen in INZ mit Arzneimitteln zwischen Apothekeninhaber, KV und beteiligtem Krankenhaus	
2	§ 20	Pauschaler Zuschuss für Apotheken mit Versorgungsvertrag	
3	§ 25	Ordnungswidrigkeit	
			Art. 6 Änderung der Apothekenbetriebsordnung
1	§ 1a	Notdienstpraxenversorgende Apotheken	
2	§ 3	Vorgaben zum Personal auch für notdienstpraxenversorgende Apotheken	
3	§ 4	Erlaubnis zweiter Offizin mit Lagerräumen am INZ-Standort	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
4	§ 23	Dienstbereitschaft notdienstpraxenversorgender Apotheken	
			Art. 7: Änderung der Medizinprodukte-Betreiberverordnung
1	§ 12	Folgeänderung zu § 394 SGB V und § 17a Medizinprodukte-Betreiberverordnung	
2	§ 17a	Meldeverpflichtung für Betreiber von automatisierten externen Defibrillatoren (AED) an das AED-Kataster	
			Art. 8: Änderung des Betäubungsmittelgesetzes
1	§ 4	Ausnahme von der Erlaubnispflicht für die Ausfuhr und Einfuhr von Betäubungsmitteln als Rettungsdienstbedarf in angemessenen Mengen	
2	§ 11	Erweiterung der Verordnungsermächtigung auf Regelungen über das Mitführen von Betäubungsmitteln auf Fahrzeugen des Rettungsdienstes im grenzüberschreitenden Verkehr	
			Art. 9: Änderung der Betäubungsmittel-Außenhandelsverordnung
1	§ 13	Ausnahme für Durchfuhr einer angemessenen Menge an Betäubungsmitteln als Rettungsdienstbedarf auf dem Fahrzeug eines ausländischen Rettungsdienstes	
2	§ 15	Ausnahme von Ein- und Ausfuhrgenehmigung für Zubereitungen der in den Anlagen II und III des BtMG aufgeführten Stoffe auf einem Fahrzeug des Rettungsdienstes in angemessener Menge als Rettungsdienstbedarf	

Nr. im Entw.	Vorschrift	Stichwort	Stellungnahme
			Art. 10: Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte
	§ 19a	Gleichmäßige zeitliche Verteilung der offenen Sprechstunden innerhalb der jeweiligen Arztgruppe	
			Art. 11: Inkrafttreten
	Ggf. weitere Anmerkungen		